

4. November 2020

Schriftliche Anfrage

von Markus Kunz (Grüne)

Wie der «Republik» vom 7.10.2020 zu entnehmen ist, bezahlt die Energie 360° AG dem Verband der Schweizerischen Gasindustrie (VSG) mutmasslich eine runde halbe Million Franken Mitgliederbeitrag pro Jahr. Was mit diesem Geld passiert, ist unklar. Momentan werden auf den Schweizer Strassen aber Unterschriften für ein Referendum gegen das CO₂-Gesetz gesammelt, und dem Vernehmen nach ist es derselbe VSG, der die sammelnden Leute entsprechend schult und sie mit unwahren und tendenziösen Aussagen versorgt. Da die Stadt Zürich von ihren gesetzlichen Grundlagen und den strategischen Zielen her alles Interesse hat, dass das CO₂-Gesetz in der vorgeschlagenen Version umgesetzt werden kann, darf man mit Fug und Recht das Fazit der Republik teilen: «Das ist öffentliches Geld, das gegen die Ziele dieser Städte eingesetzt wird.»

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie hoch ist der Mitgliederbeitrag, den die Energie 360° AG dem VSG bezahlen muss?
2. Kann der Stadtrat ausschliessen, dass mit diesen Geldern gegen die Interessen der Stadt gehandelt wird?
3. Wie stellt sich der Stadtrat zur Aussage, dass der VSG aktiv gegen die Stadtzürcher Energie- und Klimaziele agitiert?
4. Haben die Vertreter der Stadtzürcher Verwaltung im Verwaltungsrat der E360° AG ihren Einfluss geltend gemacht, um solche Machenschaften abzuklemmen? Wenn nein, warum nicht?

